



Bundesministerin für
EU und Verfassung

bundeskanzleramt.gv.at

Mag. Karoline Edtstadler
Bundesministerin für EU und Verfassung

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2024-0.443.753

Wien, am 13. August 2024

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Hafenecker, MA, Kolleginnen und Kollegen haben am 13. Juni 2024 unter der Nr. **18894/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Wie steht es um die Datensicherheit des Bundes?“ an mich gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

1. *Wie viele Cyberangriffe verzeichnete Ihr Ressort in der laufenden Legislaturperiode?*
 - a. *Wie viele dieser Cyberangriffe waren erfolgreich, konnten also Schaden anrichten (Datendiebstahl, Lahmlegung, DDos etc.)?*
 - b. *Sofern bekannt, aus welchen Ländern/Regionen stammten diese Cyberangriffe (bitte um Auflistung)?*
2. *Gibt es eine zentrale Stelle innerhalb Ihres Ressorts oder innerhalb der Bundesverwaltung, an die derartige Vorfälle gemeldet werden bzw. gemeldet werden müssen (Stichwort Lagebild)?*
 - a. *Wer führt ein solches Lagebild?*
3. *Wie viele Cyberangriffe verzeichneten nachgeordnete Dienststellen Ihres Ressorts in der laufenden Legislaturperiode?*

- a. Welche nachgeordneten Dienststellen waren betroffen?
 - b. Wie viele dieser Cyberangriffe waren erfolgreich, konnten also Schaden anrichten (Datendiebstahl, Lahmlegung, DDos etc.)?
 - c. Sofern bekannt, aus welchen Ländern/Regionen stammten diese Cyberangriffe (bitte um Auflistung)?
4. Mit welchen ausländischen IT-Konzernen arbeitet Ihr Ressort derzeit in welchen Bereichen zusammen (Bitte um Auflistung nach Name und Land)?
 - a. Welche Verträge bestehen mit welchen ausländischen IT-Konzernen?
 - b. Welche konkreten Dienstleistungen werden in Anspruch genommen?
 - c. Zu welchen Dienstleistungen gab es Ausschreibungen?
5. Wo und wie werden digital generierte Daten (personenbezogene wie nicht-personenbezogene) durch Ihr Ressort konkret gesichert?
 - a. Sofern Cloud-Lösungen in Anspruch genommen werden, welche und in welchen Staaten liegen die dazugehörigen Server?
 - b. Welche externen Dienstleister haben Zugriff auf welche Daten in Ihrem Ressort?
6. Wo werden Daten-Backups Ihres Ressorts konkret gesichert?
 - a. Sofern Cloud-Lösungen in Anspruch genommen werden, welche und in welchen Staaten liegen die dazugehörigen Server?
 - b. Wer hat Zugriff auf diese Backups?
 - c. Hat Ihr Ressort jederzeit Zugriff auf diese Backups?
 - d. Haben externe Dienstleister oder Dritte Zugriff auf diese Backups (Bitte um Auflistung)?
7. Welche konkreten Maßnahmen und Sicherheitsstrategien verfolgt Ihr Ressort, um möglichen Missbrauch mit Daten durch Dritte zu verhindern?
8. Gibt es zwischen den ressortübergreifenden Abstimmungen, gemeinsame Arbeitsgruppen, Organisationseinheiten oder ähnliches im Bereich IT-Sicherheit und Cybersecurity hinsichtlich Synergien, Wissen, Effizienz, Lagebewusstsein, Gefährdungspotenzial und ähnlichem?
9. Wie ist der Stand der NIS-Richtlinien-Umsetzung in Ihrem Ministerium?
10. Wurden die aktuellen Umsetzungen der NIS-Richtlinien evaluiert?
 - a. Wenn ja, mit welchen Ergebnissen?
 - b. Wenn nein, warum nicht bzw. ist eine Evaluierung geplant? Wann?
11. Gibt es Anstrengungen, Vorhaben oder Überlegungen, die Datenverarbeitung seitens der Bundesverwaltung in Österreich zu bewerkstelligen?
12. Welche Datenarchive im Wirkungsbereich des Bundes liegen im Ausland (Bitte um Auflistung)?

- 13. Welche Anstrengungen unternimmt die Bundesregierung, um sämtliche Datenarchive auf österreichisches Staatsgebiet zu holen und somit gerade in Krisenzeiten ein Mindestmaß an digitaler Autonomie und Sicherheit zu gewährleisten?*
- 14. Welche Position nimmt die Bundesregierung zum US-„Cloud Act“ in Hinblick auf die DSGVO ein?*

In Hinblick auf die EntschlieÙung BGBl. II Nr. 17/2020 betreffend Übertragung bestimmter, zum Wirkungsbereich des Bundeskanzleramtes gehörender Angelegenheiten an mich, wonach gemäß Abs. 2 dieser EntschlieÙung Aufgaben der Personalverwaltung und der Organisation in der Zuständigkeit des Bundeskanzlers verbleiben, darf ich auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 18892/J vom 13. Juni 2024 durch den Bundeskanzler verweisen.

Mag. Karoline Edtstadler

